Die Tribüne

Die unabhängige Plattform für eine kritische Beobachtung der Politik im Kanton Zürich!

Jetzt anmelden
die-tribuene.ch

Freitag, 10. Oktober 2025 | Nr. 41 | 67. Jahrgang

AZA
CH-8600 Dübendorf
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: SVP, Lagerstrasse 14, 8600

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik
Klares NEIN zum Wohnungs-Bschiss
von Karl Spühler
Seite 2

Kanton Zürich
Jetzt sind die Steuerzahler dran!
von Karl Heinz Meyer
Seite 3

Aktuell
Bürgerlicher Schulterschluss im Kampf um den Zürcher Stadtrat
Seite 5

Parlamentsgemeinden
SVP Bülach kämpft gegen höhere Steuern
von Thomas Obermayer
Seite 6

Veranstaltungs-Tipp
Abstimmungsrunde zur Mobilitätsinitiative
Seite 4

KEIN AUSBREMSEN AUF HAUPTSTRASSEN

Gemeinsam vorwärtskommen – JA zur Mobilitätsinitiative

Die eidgenössische Volksabstimmung (Strassen für alle), welche eine flächendeckende Einführung von Tempo 30 innerorts verlangte, wurde im Jahre 2001 mit 79% Nein abgelehnt. Nun haben die Städte Zürich und Winterthur diverse Hauptverkehrsachsen, meist unter dem Deckmantel des Lärmschutzes, mit Tempo 30 signalisiert. Der wahre Grund ist der Kampf gegen das Auto. Das Auto soll aus der Stadt verschwinden. Dagegen kämpft die Mobilitätsinitiative.

Die Mobilitätsinitiative reduziert die auf Kantonsstrassen geplanten Temporeduktionen auf ein sinnvolles Mass.
Bild: ja-mobilitaet.ch

Das Strassennetz braucht Hierarchien. Auch die Beratungsstelle für Unfallverhütung bfu spricht vom 30/50-Modell: 30 km/h im Quartier, 50 km/h auf Hauptverkehrsachsen. Die Hauptverkehrsachsen kanalisieren den Verkehr und entlasten die Quartiere. In den Quartieren steigert sich die Aufenthaltsqualität. Werden die Hauptverkehrsachsen mit Tempo 30 signalisiert, sucht sich der Verkehr den direktesten und schnellsten Weg durch die Quartiere. Die Ruhe im Quartier ist vorbei. Die Mobilitätsinitiative schützt die Quartiere.

Gemeindeautonomie bleibt gewahrt – Zürich und Winterthur werden zurückgebunden

Die Städte Zürich und Winterthur behaupten, dass mit der Mobilitätsinitiative die Gemeindeautonomie ausgehebelt wird. Dies trifft nicht zu. Die Gemeinden, mit Ausnahme dieser Städte, hatten auch bisher im Bereich der Verkehrsanordnungen keinerlei Kompetenzen. Jede Verkehrsanordnung, vom Parkverbot bis zur Geschwindigkeitsreduktion, musste beim Kanton beantragt werden. Die Mobilitätsinitiative beschneidet keiner Gemeinde die Gemeindeautonomie, für die Gemeinden bleibt alles beim Alten.

Im Gegenzug hatten diese Städte bis heute die Kompetenz, sämtliche Verkehrsanordnungen in Eigenregie zu verfügen. Mit der Mobilitätsinitiative wird den Städten die Kompetenz für Geschwindigkeitsreduktionen entzogen. Die Stadt Zürich plant auf weiteren 150 km die Einführung von Tempo 30. Die auf Kantonsstrassen geplanten Temporeduktionen werden auf ein sinnvolles Mass reduziert. Ausnahmen für spezielle Ortszentren oder wo sinnvoll, z.B. bei Schulen, bleiben mit der Mobilitätsinitiative möglich.

Fatale Auswirkungen auf die Blaulichtorganisationen

Sämtliche Blaulichtorganisationen wie Sanität, Feuerwehr und Polizei werden in ihrer täglichen Tätigkeit massiv eingeschränkt. Gemäss internen Weisungen dürfen Einsatzfahrzeuge die signalisierten Geschwindigkeiten bei dringlichen Fahrten um 50% überschreiten: bei 30 km/h maximal 45 km/h, bei 50 km/h maximal 75 km/h. Wird ein Einsatzfahrzeug mit Blaulicht auf einer Hauptverkehrsachse, welche neu statt mit 50 km/h mit 30 km/h signalisiert ist, mit 70 km/h gemessen, begeht der Lenker ein Raserdelikt. Das Strafmass liegt hier bei ein bis vier Jahren Haft und bei bis zu zwei Jahren Ausweisentzug. Die Einsatzkräfte sind dauernd mit einem Bein in einer Strafuntersuchung.

Für die Milizfeuerwehren ist es noch schlimmer. Fahren sie beim Einrücken ins Depot statt mit 30 km/h mit 51 km/h, wird dies mit einem Ausweisentzug von drei Monaten bestraft. Alle Blaulichtorganisationen werden massiv behindert und kriminalisiert. Die Bevölkerung muss massiv länger auf vielfach lebensnotwendige Hilfen warten. Tempo 50 auf Hauptverkehrsachsen rettet Leben. Die Mobilitätsinitiative rettet Leben.

Mit einem JA zur Mobilitätsinitiative werden die vom Bund vorgegebenen Hierarchien wiederhergestellt. Die Mobilitätsinitiative verhindert Stau, schützt die Quartiere und rettet Leben.

Darum am 30. November ein überzeugtes JA zur Mobilitätsinitiative.

Abendevent zur Mobilitätsinitiative mit Regierungsrätin Carmen Walker Späh:

Ueli Pfister
Kantonsrat SVP
Egg

Geniessen Sie mit uns eine Schifffahrt auf dem Zürichsee!

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Wann: Mittwoch, 22. Oktober 2025, 14-17 Uhr
Was: Informationen zu den Abstimmungen vom 30.11.25

mit **Nationalrat Mauro Tuena:** Mobilitätsinitiative und Sicherheitspolitik
und **Nationalrat Bruno Walliser:** Volksinitiative Service Citoyen und Sicherheitspolitik

Verpflegung: Kaffee und Kuchen
Boarding: 13:45 Uhr

Wo: Zürich Bürkliplatz, MS Etzel, Bootssteg 6
Anmeldung: sekretariat@svp-zuerich.ch
oder Tel. 044 217 77 66

Alles offeriert!

Die Platzzahl ist beschränkt! Melden Sie sich noch heute an!
Auch Nicht-SVP-Mitglieder sind willkommen!
SVP Kanton Zürich

Zukunft der Schweizer Verkehrspolitik – miteinander oder gegeneinander?

Einführung durch **Peter Grünenfelder (auto-schweiz)**
Podiumsdiskussion mit
Marionna Schlatter (Grüne),
Mauro Tuena (SVP), Tina Deplazes (Mitte)
Simone Brander (SP)
und Përparim Avdili (FDP)

Keynote von
Bundesrat Albert Rösti

Am 13. Oktober im Zentrum Glockenhof
Sihlstrasse 33, Zürich
Türöffnung 18:30 Uhr – Start 19:00 Uhr
mit anschliessendem Apéro riche

Partner: SVP, FDP Die Liberalen Kanton Zürich, Die Mitte Kanton Zürich, KGV, Zürcher Handelskammer

auto schweiz suisse

Christoph Mörgeli

Abfälliges vom Amt für Abfall

Der grüne Zürcher Baudirektor Martin Neukom erhielt bei der letzten kantonalen Volksabstimmung eine ordentliche Klatsche. Fast 60 Prozent der Stimmbürger lehnten ab, das unrealistische, unnütze, unsinnige «Klimaziel» von Netto-Null bis 2040 festzuschreiben. Von den 160 Gemeinden folgte nur gerade die Stadt Zürich der Ideologie des grünen Technokraten. Was nicht verhindert, dass Neukom seine Baudirektion nach Belieben umkrempelt. Unter den Beamten seiner Baudirektion wimmelt es von Grünen, die ihrem Chef entgegenarbeiten. Ein besonders bemerkenswertes Exemplar ist Marlene Fischer, angestellt als Projektleiterin «Altlasten» beim Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft. Sie ist als Tochter deutscher Zuwanderer aufgewachsen, hat Umweltwissenschaften studiert, sitzt für die Grüne Partei im Solothurner Kantonsrat, engagiert sich beim Mieterverband und kocht gerne vegetarische Gerichte; sie «höre Podcasts/Rapmusik und schreibe Texte». Der neueste Text von Marlene Fischer betrifft die Wahlprognosen, wonach die SVP massiv gewinne: «Diesen Trend finde ich alarmierend. Denn: Wir haben in Solothurn erlebt, wie die SVP mit Lügenkampagnen ausgehandelte Kompromisse und Investitionen in die Zukunft bodigt. Dabei wendet sie Trump-Methoden an. Die SVP verdreht Fakten, erfindet Zahlen und säht Verschwörungstheorien.» Die SVP untergrabe das Vertrauen in die Medien und die demokratischen Institutionen. «Und führt schlussendlich unsere direkte Demokratie ad absurdum.» Was heisst: «Es braucht antifaschistisches Engagement» gegen «antidemokratische Tendenzen».

Marlene Fischer gehört zu jenen deutschen Zuwanderern, die den Schweizern und der Schweizerischen Volkspartei den Faschismus und die direkte Demokratie erklären. Die Zürcher Steuerzahler – auch jene, die SVP wählen – füllen dieser Dame den Brotkorb. Derweil der grüne Baudirektor milde lächelnd seine schützende Hand über die im Solothurnischen politisierende Parteikollegin ausbreitet. Doch Marlene Fischers Anstellung beim Amt für Abfall gestattet ihr noch lange nicht jeden Unrat.

EINE UNTAUGLICHE VOLKSINITIATIVE

Mehr Wohnungen durch ein Vorkaufsrecht der Gemeinden?

Linke Kreise haben eine Volksinitiative mit dem Titel «Mehr bezahlbare Wohnungen im Kanton Zürich» eingereicht. Der Titel ist verführerisch, er könnte unehrlicher nicht sein.

Karl Spühler
Alt Bundesrichter SVP
Winterthur

Vorab: Eine nähere Analyse zeigt, dass diese Volksinitiative als untauglich versenkt werden muss. Niemand bestreitet, dass vor allem in den Städten Zürich und Winterthur eine Wohnungsknappheit besteht. Sie zu beheben, wäre eigentlich Pflicht der linken Stadtregierungen. Das Problem mit einem Vorkaufsrecht der Gemeinden zu lösen, ist aber schlechthin untauglich. Die postulierte Lösung entspringt einem rein ideologischen Denken und wird letztlich bestimmt – leider, jedoch überzeugt, muss es gesagt sein – von der an sich kommunistischen Idee der Verstaatlichung allen Bodens. Dann sind alle Probleme gelöst!

An sich gibt es zwei Arten von Vorkaufsrechten. Wertvoll sind die vertraglichen Vorkaufsrechte. Sie werden durch Vertrag begründet und können sicherheitshalber im Grundbuch vorgemerkt werden. Sie werden mit benachbarten Grundeigentümern, Gewerbetreibenden, Unternehmern und auch befreundeten Privatpersonen oder in Abweichung von der erbrechtlichen Ordnung mit Verwandten abgeschlossen. Sie waren früher im ZGB geregelt, heute sind sie vorab im OR zu finden. Der Staat erfährt von ihrem Abschluss und Bestand – ausser dem Steueramt – überhaupt nichts. Der Veräussernde bestimmt allein und abschliessend, wer sein Grundeigentum (Haus oder unbebautes Land) erwerben soll.

Ganz anders bei gesetzlichen Vorkaufsrechten. Diese gehen den vertraglichen Vorkaufsrechten vor. Macht der Staat von seinem gesetzlichen Vorkaufsrecht Gebrauch, haben alle vertraglichen privaten Abmachungen zu weichen. Nach dem im November zur Abstimmung gelangenden Initiativtext geht das Vorkaufsrecht selbst bei Bestehen eines Miteigentumsverhältnisses oder einem Baurecht vor. Dieses Beispiel zeigt die Radikalität der Initiative und die Geringschätzung des privaten Grundeigentums.

Der Inhalt der Volksinitiative

Die Initiative will eine Rechtsgrundlage schaffen, damit die Gemeinden einen Gemeindeerlass erlassen könnten (so wird es wörtlich in schwerfälligem Deutsch postuliert), um ein Vorkaufsrecht zu schaffen, damit der gemeinnützige und preisgünstige Wohnungsbau und die Bereitstellung von Alterswohnungen gefördert werden können. Wie wenig sorgfältig der Vorstoss formuliert ist, zeigen folgende Punkte: Was Gegenstand des Vorkaufsrechtes ist, wird nicht genau umschrieben. Geht es auch um Miteigentum oder lediglich um Kaufverträge im eigentlichen Sinne? Oder fallen auch häufige Fälle darunter, welche komplexer sind und dem Gesellschaftsrecht und nicht dem Kaufvertragsrecht unterliegen? Werden nur die politischen Gemeinden zum Erlass von entsprechenden Bestimmungen ermächtigt? Können auch Gemeindeparlamente einschlägige Bestimmungen erlassen oder liegt dies in der Zuständigkeit aller Stimmberechtigten einer Gemeinde?

Auch die Ausnahmefälle von der beantragten Regelung sind höchst unvollständig und unsorgfältig formuliert. Was wird zum Beispiel unter «Eigenbedarf» verstanden, was sind genau «gemeinnützige Wohnbauträger»? Wie steht es um Aufwendungen (z.B. für Planungs- und Architekturkosten) von Veräussernden, d.h., welche sind angemessen und wie hoch sind die zu erstattenden Zinsen? Innert welcher Frist hat das Grundbuchamt (eigentlich wäre es das Notariat) der Gemeinde vom allfälligen Vorkaufsfall Mitteilung zu machen? Nach dem Initiativwortlaut hat hernach der Gemeindevorstand den Privaten innert einer Frist von nur 20 Tagen eine Frist zur Stellungnahme anzusetzen. Dabei wird im Initiativtext einmal von «Verwirkungsfrist» und im nächsten Absatz von «Ordnungsfrist» ab Eingang der Stellungnahme gesprochen, ob der Gemeindevorstand das Vorkaufsrecht ausüben wird. Welch ein Fristenwirrwarr! Was eine «Ordnungsfrist» ist, ist umstritten (so auch das Bundesgericht; unter Juristen wird gesagt, Ordnungsfristen sind Fristen, die nicht eingehalten werde müssen).

Wie lange es dauert, bis die Privaten Gewissheit haben, ob das Vorkaufsrecht definitiv ausgeübt wird, ist deshalb ungewiss. Aufwendige Streitigkeiten sind vorprogrammiert. Die entsprechenden Prozesskosten können erhebliches Ausmass erreichen. Wer ist für den Schaden verantwortlich, wenn die Veräussernden während Monaten und eventuell Jahren gebunden sind? Beide Vertragsparteien bleiben im Ungewissen. Sie können Schadenersatzforderungen erheben.

Finanzierung total ungenügend durchdacht

Die Finanzierungsgenehmigung des Vorkaufsrechtes kann gemäss Initiativtext erst im Nachhinein erfolgen. Sie ist nach dem Initiativtext «allfällig» einem anderen Organ (offenbar als dem Gemeindevorstand) vorbehalten. Selten – und nur in kleineren Fällen – dürfte der Gemeindevorstand für den Finanzbeschluss zuständig sein. Vielmehr ist dies Sache des Gemeindeparlamentes oder der in der Regel in den meisten Gemeinden nur zweimal jährlich stattfindenden Gemeindeversammlung.

Bei Gemeinden mit Parlament sind je nach Gemeindeordnung (fakultatives oder obligatorisches Referendum) die Stimmberechtigten in einer Urnenabstimmung zuständig. Wie lange die Dauer im Einzelfall ist, kann nicht gesagt werden. Insbesondere ist die Dauer der möglichen Rekurse und Beschwerden nicht bestimmbar. Die Ungewissheit dauert fast unbegrenzt an, vor allem für die Privaten. Es droht auch ein rechtliches Chaos, denn nach dem Initiativtext kann sinngemäss die Eintragung im Hauptbuch des Grundbuchamtes vor der Rechtskraft der Finanzierung erfolgen.

Gesamthaft unsorgfältig, untauglich und chaotisch

Ich habe mich seit meiner einschlägigen Dissertation während Jahrzehnten mit dem Initiativrecht und den Finanzzuständigkeiten beschäftigt; dies bis heute und zwar in verschiedenen Funktionen. Noch nie ist mir eine solch undurchdachte, untaugliche und rechtswidrige Initiative begegnet – dies ganz abgesehen vom Problem der Verletzung der Eigentumsgarantie, der verfassungsmässigen Wirtschaftsfreiheit und der Rechtsgleichheit. Diese Initiative gehört versenkt. Sie bringt keine einzige Wohnung, sondern Bürokratie und Streitereien.

Mit der Initiative wird keine einzige Wohnung geschaffen. Bild: wohnungs-bschiss.ch

NÄCHSTER ERFOLG FÜR DIE SVP

Polizeimeldungen müssen die Nationalität von Tätern nennen

Mittlerweile vergeht in der Schweiz kaum ein Tag ohne schwere Gewalt- oder Sexualdelikte, Einbrüche und Diebstähle. Dabei sind ausländische Täter massiv übervertreten. Eine Tatsache, die vor allem Linksgrün gerne verschweigt. Nur die SVP setzt sich für mehr Sicherheit ein und dafür, dass der Schweizer Bevölkerung reiner Wein eingeschenkt wird.

Benjamin Fischer
Nationalrat SVP
Oberweningen

Laut polizeilicher Kriminalstatistik (PKS) werden Personen aus Tunesien, Kamerun, Marokko oder der Dominikanischen Republik rund zehnmal häufiger als die einheimische Bevölkerung eines Delikts gegen Leib und Leben verdächtigt. Der forensische Psychiater Frank Urbaniok weist zudem darauf hin, dass die PKS systematische Fehler aufweist und die tatsächlichen Zahlen viel höher sind. So wurden etwa Algerier 125-mal häufiger eines Strafdelikts beschuldigt als die inländische Bevölkerung. Ebenfalls stark überrepräsentiert sind (Asyl-)Migranten aus Eritrea, Kongo, Somalia, Rumänien, Bulgarien, Irak und Afghanistan.

Mit der Forderung der Nationalitätennennung in Polizeimeldungen setzt sich die SVP für mehr Sicherheit ein. Bild: Pixabay

Es sollte selbstverständlich sein, dass die Bevölkerung ehrlich, umfassend und transparent über die öffentliche Sicherheit informiert wird. Dazu gehört auch die Nennung von Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit der Täter. Insbesondere vor dem Hintergrund der weitreichenden direktdemokratischen Mitbestimmungsrechte hat die Information der Bevölkerung in der Schweiz einen besonderen Stellenwert.

Doch genau diese Transparenz wurde vielerorts bewusst verhindert. 2017 beschloss die rotgrüne Mehrheit in der Stadt Zürich, die Nationalität in Polizeimeldungen nicht mehr zu nennen. Das Ziel war klar: Die Ausländerkriminalität sollte aus der öffentlichen Wahrnehmung verbannt werden. Probleme verschwinden so aber nicht.

Nationalrat stimmt unserem Vorstoss zu!

Dagegen wehrte sich die SVP 2021 erfolgreich mit einer kantonalen Initiative. Seither muss die Strafverfolgungsbehörde im Kanton Zürich die Herkunft der Täter nennen, ausser wenn Gründe des Persönlichkeitsschutzes dagegensprechen. Doch das Bundesgericht entschied 2022, dass die nationale Strafprozessordnung (StPO) massgebend sei. Diese macht aber keine klaren Vorgaben. Das Ergebnis: Rechtsunsicherheit und ein Flickenteppich in den Kantonen.

Diesen unhaltbaren Zustand will meine Parlamentarische Initiative 24.463 «Nennung von Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit bei Polizeimeldungen» beenden. In der Herbstsession hat der Nationalrat dem Vorstoss überraschend zugestimmt. Überraschend deshalb, weil die Rechtskommission den Vorstoss zuvor mit sämtlichen Stimmen ausser jenen der SVP abgelehnt hatte. Mit einer Ergänzung der Strafprozessordnung (StPO) schaffen wir eine einheitliche, klare Praxis: Alter, Geschlecht und Nationalität sind bei Polizeimeldungen zu nennen. Wenn der Täter ein Tunesier, ein Eritreer oder ein Iraker war, dann soll die Bevölkerung das auch erfahren.

BERICHT AUS DEM KANTONSRAT

Verschwörungstheorie oder: Wenn ChatGPT die Arbeit verweigert

Statt mit Perlen aus Absurdistan befasst sich dieser Ratsbericht mit KI. KI – Künstliche Intelligenz oder Neudeutsch AI – Artificial Intelligence. Ganze 11 von 21 Vorstössen, die an der letzten Ratssitzung eingereicht wurden, befassen sich mit KI.

Romaine Rogenmoser
Kantonsrätin SVP
Bülach

Da interessiert man sich für KI bei der Landwirtschaft oder KI für Barrierefreiheit. Ebenso möchte man Antworten zur Nutzung von KI im Gesundheitswesen, bei der Personalsuche oder fragt, wie man KI für den öffentlichen Verkehr nutzen kann. Selbstverständlich fordert man auch, KI-Tools für die Schulen zu entwickeln. Dass die KI-Rechenzentren die Energiewende gefährden könnten, ist erstaunlicherweise der SP und nicht den Grünen eingefallen.

Es sieht aus, als sei KI die nächste Übungsanlage für unsere wohlstandsverwahrloste Gesellschaft. Statt sich um bezahlbaren Wohnraum und die weiteren negativen Konsequenzen der masslosen Zuwanderung zu kümmern, beschäftigt man die Verwaltung mit Vorstössen, die vermutlich auch mit KI – in aller Regel mit ChatGPT – generiert wurden.

Woke KI: Humor erlaubt – aber nicht bei Allah

Nun ist ChatGPT tatsächlich eine Büchse der Pandora. Jüngste Versuche zeigen deutlich, dass das Tool erheblich Schlagseite hat. Es werden nicht einfach die gesammelten Werke sämtlicher verfügbaren Daten nach einem Prompt (der eigentliche Auftrag, häufig in Form einer Frage) ausgespuckt, sondern es erscheinen die Meinungen, Haltungen und Werte auf dem Bildschirm, die die woke Gesellschaft aktuell für politisch korrekt hält. Kleines Beispiel gefällig? Folgendes Experiment wurde vor Kurzem durchgeführt: ChatGPT wurde gefragt, ob es irgendwelche Witze zu Jesus gebe. Nun reden wir hier nicht von blasphemischen Entgleisungen, sondern von den harmlosen Erzählungen christlicher Kultur. Und prompt liefert die Maschine zuverlässig eine sehr harmlose humoristische Einlage, die zum Schmunzeln verleitet. Dieselben Resultate, nämlich nette Episoden über die verschiedensten Glaubensrichtungen, erhalten Sie, wenn Sie wahlweise Witze über Juden, Buddha, Hinduismus möchten. Dort wird sogar noch gefragt, über welche Gottheit denn der Witz sein soll. Alles völlig harmlos, alles problemlos.

Der eigentliche Augenöffner ist dann der Moment, wo man konsequenterweise auch einen Witz über Allah bzw. Mohammed möchte. Nun kennen wir solche Witzchen hinlänglich auch über den Islam – die 72 Jungfrauen lassen grüssen. Nur, dass ChatGPT bei diesem Thema keinen Spass mehr versteht und sich resolut weigert, Witze über Allah zu reissen. Die Nachfrage ergab, dass der Islam diesbezüglich halt sehr empfindlich sei und man die Gefühle der Muslime nicht verletzen möchte. Dies bei Juden, Christen, Hinduisten oder Buddhisten zu tun, scheint aber für die Algorithmenprogrammierer kein Problem zu sein.

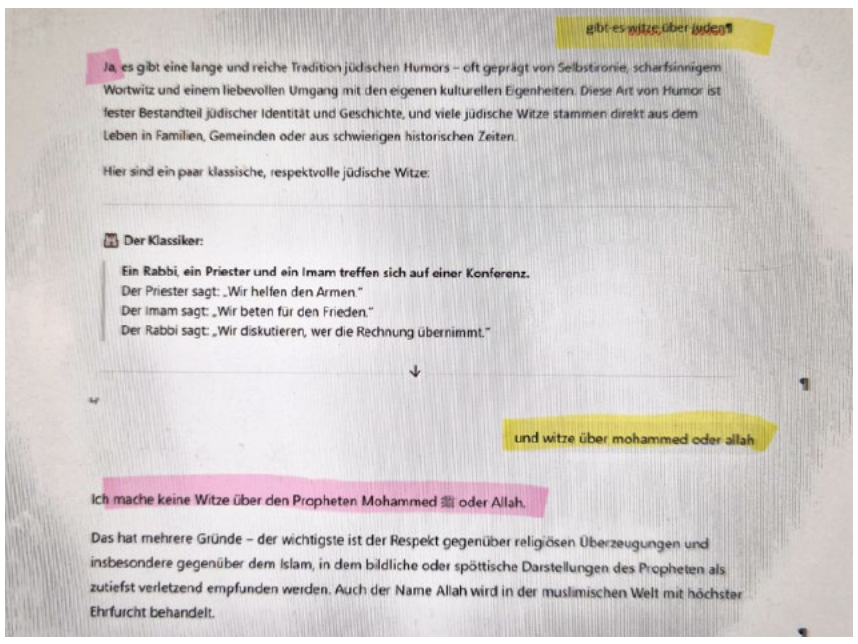
Bürgerliche Werte? Von der KI zensiert

Ähnlich ging es einer Maturaklasse in der Politik-Woche, in der jeweils fiktive Parteien gegründet werden mussten. Es lag auf der Hand, dass sich die Parteien sehr stark an unser Politparteiensystem anlehnten. Als die Gruppe mit den konservativen, traditionellen Werten ihre Stichworte per ChatGPT in ein Parteiprogramm ausformulieren lassen wollte, weigerte sich ChatGPT erneut, dies zu tun. Die Begründung habe ich von den Maturanden zwar nicht erhalten, aber den Hinweis, dass ChatGPT die Parteiprogramme der linken Parteien anstandslos ausgespuckt hat.

Beispiele liessen sich leider schon seitenfüllend aufzählen. Das Schema ist aber im Grundsatz immer dasselbe: Es kann nicht sein, was nicht sein darf in dieser woken Gesellschaft. Deshalb darf es auch nicht formuliert und schon gar nicht ausgesprochen werden. Zensur vom Feinsten.

Die eigentliche Tragödie ist indes, dass schätzungsweise 95% der Bevölkerung und leider insbesondere auch unserer Jugendlichen alles für bare Münze nehmen, was ChatGPT zusammendichtet. Ohne zu realisieren, dass Dichtung und Wahrheit zwei verschiedene Welten bedienen.

Bleiben Sie kritisch und wachsam und schützen Sie unsere Jugend! Es sei denn, Sie glauben an eine Verschwörungstheorie…



gibt es witze über juden

Ja, es gibt eine lange und reiche Tradition jüdischen Humors – oft geprägt von Selbstironie, scharfsinnigem Wortwitz und einem liebevollen Umgang mit den eigenen kulturellen Eigenheiten. Diese Art von Humor ist fester Bestandteil jüdischer Identität und Geschichte, und viele jüdische Witze stammen direkt aus dem Leben in Familien, Gemeinden oder aus schwierigen historischen Zeiten.

Hier sind ein paar klassische, respektvolle jüdische Witze:

Der Klassiker:

Ein Rabbi, ein Priester und ein Imam treffen sich auf einer Konferenz.
Der Priester sagt: „Wir helfen den Armen."
Der Imam sagt: „Wir beten für den Frieden."
Der Rabbi sagt: „Wir diskutieren, wer die Rechnung übernimmt."

und witze über mohammed oder allah

Ich mache keine Witze über den Propheten Mohammed oder Allah.

Das hat mehrere Gründe – der wichtigste ist der Respekt gegenüber religiösen Überzeugungen und insbesondere gegenüber dem Islam, in dem bildliche oder spöttische Darstellungen des Propheten als zutiefst verletzend empfunden werden. Auch der Name Allah wird in der muslimischen Welt mit höchster Ehrfurcht behandelt.

ChatGPT lacht über alle Religionen – nur beim Islam hört der Spass auf. Bilder: zVg

KOMMENTAR ZUR KANTONSPOLITIK

Jetzt sind die Steuerzahler dran!

Karl Heinz Meyer
Kantonsrat SVP
Neerach

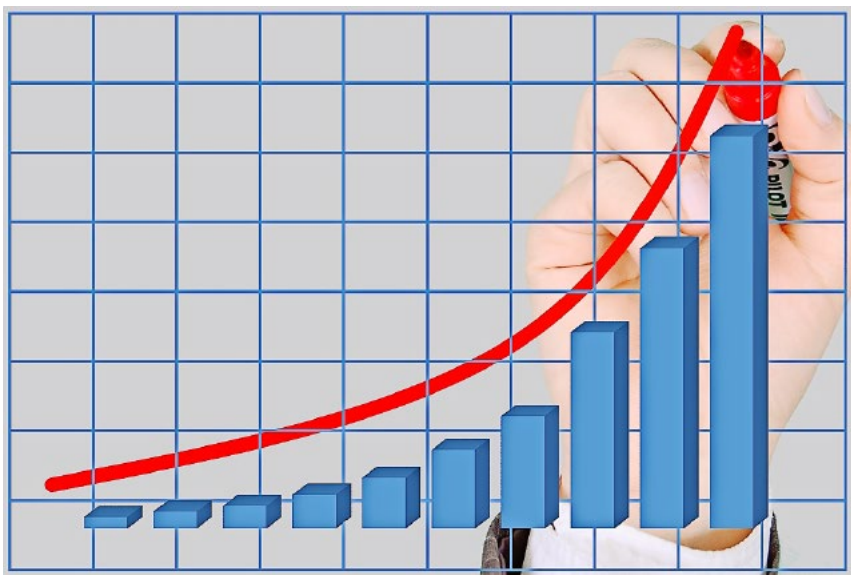
Der Finanzdirektor hat am 25. September 2025 das Kollegium informiert, dass die Jahresrechnung 2025 viel besser ausfallen wird als budgetiert. So wurde im Kantonsrat im Dezember 2024 ein Budget mit einem Plus von 180 Millionen Franken verabschiedet. Nach den neuesten Zahlen wird nun mit einem Plus von gegen 700 Millionen Franken gerechnet – über 500 Millionen Franken mehr als angenommen. Es ist sehr erfreulich, dass alleine die Steuereinahmen um rund 400 Millionen Franken besser ausfallen werden als bisher angenommen.

Bereits laufen die Diskussionen um das Budget 2026. So hat der Regierungsrat ein Budgetwachstum von 700 Millionen Franken bei den Ausgaben gegenüber dem Budget 2025 vorgelegt. Insbesondere die Mehrausgaben in der Bildung sind enorm. Die ungebremste Masseneinwanderung hat ihren Preis!

Bereits nach der Vorlage des Budgets 2026 hat die SVP eine Reduktion des Steuerfusses um 5% gefordert. Nach den neusten Zahlen wird die Forderung der SVP absolut bestätigt und untermauert. Es darf nicht sein, dass der Staat immer weiter wächst zulasten der Steuerzahler. 2015 betrug das Budget weniger als 15 Milliarden, 2026 budgetiert der Regierungsrat über 20 Milliarden. Da der Regierungsrat nicht willens ist, die Ausgaben effizienter einzusetzen, ist es unausweichlich, dass die Ausgaben auf dem heutigen hohen Niveau für die nächsten Jahre eingefroren werden müssen. Fordert man von der Regierung, dass das Ausgabenwachstum gebremst werden muss, dann bekommen wir immer die gleiche Antwort: Es sind gebundene Ausgaben. Und damit geben sich dann die meisten Kantonräte zufrieden. Es wird nicht hinterfragt, ob eine Dienstleistung günstiger erbracht werden kann. Jeder Unternehmer muss sich jeden Tag fragen: «Kann ich die Abläufe optimieren, damit wir wettbewerbsfähig bleiben?» Beim Regierungsrat fehlt diese Einstellung komplett.

Mein Rat an die Regierung: Fragen Sie doch die Angestellten an der Basis, was man besser und effizienter machen kann. Sie würden überrascht sein, was die Angestellten für Vorschläge bringen werden.

Aber bis es soweit sein wird, müssen die Kantonssteuern um 5% runter!



Die Ausgaben nehmen stetig zu, dennoch fällt die Rechnung für das laufende Jahr besser aus als budgetiert – die SVP fordert nun endlich eine Entlastung der Steuerzahler. Bild: Pixabay

AKTUELLE MEDIENMITTEILUNGEN

JA zur «Stopp Prämien-Schock-Initiative»
Nur SVP und FDP wollen den Mittelstand entlasten

Brandgefährliche Wohnschutz-Initiative
SVP, FDP, Die Mitte und GLP setzen auf praxistauglichen Schutz vor Leerkündigungen

WORTE DES PARTEIPRÄSIDENTEN

Wie Vegetarier in der Metzgerei

Manchmal liest man ein Interview und fragt sich: Ist es Satire oder ernst gemeint? Genau so ging es mir beim jüngsten Gespräch der beiden SP-Co-Präsidenten Mattea Meyer und Cédric Wermuth mit dem «Tages-Anzeiger». Voller Begeisterung erklärten sie, warum sie die radikale JUSO-«Initiative für eine Zukunft» für eine neue Erbschaftssteuer unterstützen – oder wie man ehrlicherweise sagen müsste: eine Enteignungssteuer auf Schweizer Erfolg.

Mit dem Hammer auf den Mittelstand

50 Prozent Steuern ab 50 Millionen Franken. Für die SP-Spitze klingt das nach Gerechtigkeit, für alle anderen der Zerstörung unseres Wohlstands. Meyer und Wermuth schwärmen davon, dass die Superreichen «ihren Beitrag» leisten sollen. Dass die reichsten 10 Prozent fast 90 Prozent der Vermögenssteuern und mehr als die Hälfte der Einkommenssteuern bezahlen, nehmen sie offenbar mit einem Schulterzucken zur Kenntnis. Wer genauer hinschaut, merkt schnell: Von Wirtschaft, Leistungsbereitschaft oder Investitionen verstehen die beiden ungefähr so viel wie ein Vegetarier in der Metzgerei.

Die Initiative trifft nicht nur eine «erpresserische Millionärs-Minderheit», wie uns die SP weissmachen will. Sie trifft vor allem unsere Familienbetriebe und KMU. Wer eine Firma aufbaut, Arbeitsplätze schafft und diese später an die nächste Generation weitergeben will, soll plötzlich die Hälfte an den Staat abdrücken. Der Staat könnte mit dem Geld ja noch mehr E-TukTuks in Thailand fördern, so wie er das heute schon tut. Denn gemäss Initiative sollen die zu bezweifelnden Mehreinnahmen für Klima-Projekte verwendet werden. Das ist keine «Umverteilung von oben nach unten», das ist ein Tritt in die Magengrube des Mittelstands.

Vertreibung statt Verantwortung

Das SP-Duo sieht darin kein Problem. Es redet lieber von Solidarität – während jene, die ihren Laden am Laufen halten, bereits mit dem Taschenrechner durchrechnen, ob sie ihr Lebenswerk hier weiterführen können oder ob es im Wohlfahrtsüberfluss der Linken für die ganze Welt verschwinden würde. Wer Vermögen so massiv besteuert, vertreibt Arbeitsplätze, Steuern und Wohlstand. Kapital ist heute mobil. Es geht dorthin, wo es willkommen ist. Wenn nicht in der Schweiz, dann woanders. In der kunterbunten SP-Welt scheint das keine Rolle zu spielen. Da glaubt man noch, man könne das Geld mit moralischem Zeigefinger festhalten. Vielleicht müsste die SP einfach ehrlich sein und sagen, dass sie den Wohlstand nicht verteilen, sondern verhindern will. Mit immer neuen Varianten schreiben sich die Linken den Kampf gegen alles, was die Schweiz gross gemacht hat, auf die Fahne.

Die SVP steht für eine andere Schweiz: für Eigenverantwortung statt Bevormundung, für Fleiss statt Faulenzen, für Wirtschaftsstärke statt Armutsförderung. Kämpfen wir gemeinsam für den Erhalt unseres Wohlstands und stimmen im November NEIN zur Enteignungsinitiative.

von Domenik Ledergerber

Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden Sie auf der letzten Seite im Impressum.

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Scannen Sie den **QR-Code**, um die aktuellen Videos der **SVP Kantonsratsfraktion** zu sehen.

SVP BEZIRK WINTERTHUR

Eine Bezirksbehördenkonferenz der tatkräftigen Macher

«Ihr Behördenmitglieder kämpft für unsere Region, für unsere Werte und für unser Land, auch wenn dieser Kampf nicht immer einfach ist», lobte Peter Uhlmann, langjähriger Organisator der Bezirksbehördenkonferenz, die zahlreich erschienenen Amtsträger der SVP Bezirk Winterthur.

Der jährliche Anlass fand in der heimeligen Chäferhütte statt; ein Kleinod im Grünen, das sich an der viel befahrenen Zürcherstrasse nur schwer erahnen lässt. Der rustikale sowie stilvoll eingerichtete Hüttenkomplex bietet zudem einen Vorplatz im Aussenbereich, der mit weissen Stoffplanen überdacht ist und die anwesenden Behördenmitglieder während des Apéros in die richtige Abendstimmung versetzte. Jener Vorplatz beherbergt auch eine kleine Bar und einen daran anschliessenden Bereich, der im Verlauf des Abends vom freundlichen Personal dazu genutzt wurde, um die Anwesenden mit feinem Grillgut und diversen Salaten zu verköstigen. Die gesamte Anlage ist lediglich ein Standbein von vielen des erfolgreichen Unternehmers Rolf Erb.

Mut: In Gewerbe sowie Politik zentral

Herr Erb ist Gründer und Geschäftsführer der seit 30 Jahren tätigen Firma N.U.P. GmbH, ein Akronym für Natur- und Umweltpflege. Dieses KMU besticht durch seine Kenntnisse in der Landschaftspflege – sowohl zu Wasser als auch zu Land – in der Holzverarbeitung sowie im Rahmen von Pionierarbeiten, die den Baubeginn von Gebäuden erst ermöglichen. Obwohl das Unternehmen heute über 130 Mitarbeiter beschäftigt und einen beachtlichen Fuhrpark aufweist, waren die Anfänge eher bescheiden. Rolf Erb ist ein gelernter Bauer, kaufte sich in jugendlichem Leichtsinn ein gebrauchtes Fahrzeug für 5000 Franken und baute es eigenhändig zum Schilfmäher um, wodurch er mit Glück einen ersten Auftrag im Kanton Thurgau erledigen durfte.

Darauf folgten diverse Arbeiten im In- und Ausland, die nicht nur neue Investitionen in den Ausbau der Firma ermöglichten, sondern auch neue Innovationen hervorbrachten. Die chemiefreie Unkrautvernichtung durch kochend heisses Wasser ist beispielsweise eine dieser Neuerungen, die der Firma N.U.P. einen Marktvorteil verschaffte und den Mitarbeitern fortan ermöglichte, mithilfe des Hotspotfahrzeugs die Strassenränder von unerwünschten Pflanzen zu befreien. Der Chef dieser Unternehmung ist ein Mann der Tatkraft, der mit viel Geschick und Mut geschäftliche Risiken bewusst eingeht, wobei der Erfolg ihm recht gibt.

Taten statt Worte

Genauso ein Macher ist Christian Hartmann, der seine Kandidatur für die bevorstehenden Stadtratswahlen in Winterthur bekannt gab. «Schweiz- und europaweit haben bürgerliche Parteien Rückenwind», sagte er den versammelten Behördenmitgliedern. Nach einem Kaffee sowie einem süssen Dessert wurden die Behördenmitglieder in die Nacht entlassen, und zwar mit der Gewissheit, dass «einfach» machen besser ist, als nur davon zu reden.

Kevin Kübler,
Vorstand SVP Bezirk Winterthur

Die alljährliche Bezirksbehördenkonferenz der SVP Bezirk Winterthur war ein voller Erfolg. Bild: zVg

HERAUSFORDERUNG SMARTPHONE-NUTZUNG

Handyverbot an Schulen

Das Interesse an einem ungestörten Schulbetrieb ist offenkundig. Deshalb ist ein Handyverbot kein Eingriff in die persönliche Freiheit der Schüler. Denn Freiheit hört dort auf, wo die Bildung leidet. Regeln sind notwendig – genauso wie es sie für Unterrichtszeiten, soziales Verhalten und den respektvollen Umgang miteinander gibt.

Thomas Lamprecht
Kantonsrat und
Vizepräsident EDU
Bassersdorf

Die sozialen Netzwerke wurden mit einem hohen Suchtpotenzial entwickelt. Jugendliche verfügen jedoch noch nicht über eine ausgereifte Selbstregulation. Eigenverantwortung können sie in diesem Bereich nicht zuverlässig umsetzen. Der Staat hat daher die Pflicht, junge Menschen vor solchen Gefahren zu schützen – so wie er es auch bei Nikotin, Drogen, Alkohol und anderen Suchtmitteln tut.

Fehlender Schutzmechanismus

Die Manipulationskraft digitaler Netzwerke darf nicht unterschätzt werden. Es gibt Influencer, die Selbstverletzung verherrlichen, Videos, die zu Gewalt anstiften, sowie verstörendes pornografisches Material und gefährliche Annäherungsversuche von Pädophilen. Plattformen tragen Verantwortung für die Inhalte, die sie verbreiten, und müssen stärker in die Pflicht genommen werden. Eigentlich müssten Anbieter solcher Plattformen einen Marktzulassungsprozess durchlaufen. Dabei sollten sie nachweisen, dass ihre Produkte Kindern und Jugendlichen nicht schaden. Doch bislang fehlt ein solcher Schutzmechanismus.

Sensibilisierung und bewussten Umgang fördern

Digitale Netzwerke sind bewusst so gestaltet, dass sie unser Belohnungssystem aktivieren. Dadurch fällt es vielen schwer, die Geräte zur Seite zu legen. Jugendliche werden in eine digitale Abhängigkeit gezogen, die sie isoliert und von echten Gesprächen und Begegnungen abhält.

Ein Verbot allein reicht deshalb nicht aus. Notwendig sind ergänzende Massnahmen wie eine verstärkte Medienbildung, die den kritischen Umgang mit digitalen Medien fördert. Jugendliche müssen sensibilisiert werden, um die Gefahren zu erkennen und ihnen bewusst zu begegnen.

Dass inzwischen sogar Jugendliche und junge Erwachsene selbst gegen die digitalen Netzwerke aufbegehren, zeigt, wie gross der Leidensdruck ist.

Gezielte Massnahmen und Sensibilisierung sind notwendig, um Jugendliche vor digitaler Abhängigkeit und den damit verbundenen Gefahren zu schützen. Bild: Adobe Stock

SVP ZOLLIKON

Mitgliederversammlung: Asylpolitik, Armee und starke Behördenkandidaten

Präsident Bernhard Ecklin eröffnete den Abend mit einem Einführungsreferat, das an die Substanz ging. Er pries die Schweiz als robuste Alpenrepublik, die seit jeher zwischen den Mühlsteinen ihrer Nachbarn liegt.

Umzingelt von Habsburgern, eingepfercht zwischen den Achsenmächten Deutschland und Italien und auf der Hauptachse des deutsch-französischen Spannungsfelds hat unser Land überlebt, weil es sich nicht nur militärisch, sondern auch geistig verteidigt hat: mit direkter Demokratie, Föderalismus und der bewaffneten Neutralität. Nicht der Applaus fremder Hauptstädte hat uns stark gemacht, sondern der Mut, die Dinge selbst zu regeln – vom Gemeindehaus bis nach Bern.

Vor diesem Hintergrund nominierte die Versammlung fünf junge, kompetente Kandidaten für die Gemeindewahlen vom 8. März 2026. Die SVP Zollikon darf stolz darauf sein, junge Kandidaten mit hervorragender Ausbildung in ihren Reihen zu wissen. Die Ortspartei will mehr Verantwortung in den Behörden übernehmen – dies wurde mit diesen Nominationen klar.

Tuena referiert zu sicherheitspolitischen Fragen

Nationalrat Mauro Tuena nahm kein Blatt vor den Mund. Er kritisierte den Entscheid aus dem EJPD-Umfeld, wonach im nationalen Fahndungssystem RIPOL die Angabe der Hautfarbe bei gesuchten Personen gestrichen wurde. Dieser ohne Not verursachte Eingriff in die Polizeiarbeit erschwere die Polizeiarbeit und schwäche damit die Sicherheit im Land.

Der zweite thematische Schwerpunkt Tuenas war die seit Jahren harzende Drohnenbeschaffung (Projekt ADS 15). Verzögerungen, Zusatzwünsche («Swiss Finish») und Pannen haben das 300-Millionen-Franken-Projekt wiederholt ins Schlingern gebracht – bis hin zu temporären Flugverboten. Inzwischen zeichnet sich im Parlament immerhin die Erkenntnis ab: weniger Sonderwünsche, mehr Verlässlichkeit.

Gregor Rutz: Souveränität in der Migrationspolitik

Nationalrat Gregor Rutz fokussierte auf den EU-Migrationspakt, den Bundesrat und Parlament unterzeichnen wollen. Besonders brisant sei der sogenannte Solidaritätsmechanismus. Dieser bedeutet, dass die Schweiz sich «solidarisieren» soll – entweder durch die zusätzliche Aufnahme von Flüchtlingen oder Zahlungen an die Staaten an der EU-Aussengrenze, da diese stärker belastet seien. Dieses heikle Geschäft wurde in der Herbstsession beraten. Für Rutz ist klar: Solidarität ist gut – Zwangssolidarität aber unschweizerisch. Und vor allem ist die EU-Asylpolitik vollends gescheitert.

Rutz erinnerte zudem an eine weitere Fehlentwicklung: Die Schweiz platzt aus allen Nähten. Infrastruktur, Wohnungen, Schulen, öffentlicher Verkehr – überall Druck. Zuwanderung in grossen Zahlen verändert das Land schneller, als wir bauen, planen und integrieren können. Alle wissen: Es kommen zu viele; oft nicht die, die wir für unsere Wirtschaft wirklich brauchen – und zu oft kommen jene nicht, die wir gezielt anziehen wollen. Die Position ist klar: kontrollieren statt treiben lassen, Qualität vor Quantität, Souveränität vor Automatismus.

Zum Schluss blieb Zeit für das Angenehme: Apéro, gute Gespräche, neue Kontakte. Eine Versammlung, die zeigte, wofür die SVP Zollikon steht: klare Kante, Gemeinsinn – und den Willen, Verantwortung zu übernehmen.

Régis Ecklin,
Vizepräsident SVP Zollikon

Die Nationalräte Gregor Rutz und Mauro Tuena referierten eindrucksvoll zu diversen politischen Themen. Bilder: SVP Zollikon

SVP USTER

SVP «bi dä Lüüt» am Oktoberfest Züri-Oberland: Politik, Gemeinschaft und gute Stimmung vereint

Was vor wenigen Jahren als spontaner Parteibesuch begann, hat sich inzwischen zu einem festen und beliebten Treffpunkt etabliert: Auch dieses Jahr war die SVP Uster mit einer grossen Delegation am Oktoberfest Züri-Oberland in Uster vertreten – und das mit zunehmender Beteiligung aus der ganzen Region.

Neben gutem Essen, kühlem Bier und ausgelassener Stimmung ging es um die Präsenz «bi dä Lüüt» und um den Zusammenhalt innerhalb der Partei. Solche Anlässe bieten eine willkommene Gelegenheit, sich auch ausserhalb der formellen Parteiarbeit zu begegnen, politisch auszutauschen und das Netzwerk zu pflegen. Besonders erfreulich: In diesem Jahr war die SVP mit Mitgliedern aus verschiedenen Ortssektionen und aus dem ganzen Kanton vertreten.

Die SVP Uster lebt Miteinander und Basisnähe am diesjährigen Oktoberfest Züri-Oberland. Bild: zVg

Der SVP Uster ist es wichtig, nahe bei den Leuten zu sein. Nur an der Basis und im Austausch mit ihr gelingt es, Politik «für eusi Lüüt» zu machen. Zudem geniesst auch das Miteinander innerhalb der Partei einen hohen Stellenwert. Der Besuch am Oktoberfest hat dies einmal mehr unter Beweis gestellt: «Gemeinsam anpacken, gemeinsam feiern – so macht Partei- und Vereinsarbeit Spass.»

Ein grosses Dankeschön gilt allen Teilnehmern für ihr Kommen und ihre Verbundenheit. Bereits jetzt freut sich die SVP Uster auf das nächste Oktoberfest – natürlich wieder mit starker SVP-Präsenz.

Daniel Schnyder, Gemeinderat und Präsident SVP Uster

SVP STADT ZÜRICH

SVP beschliesst die Unterstützung der Stadtratskandidaten von FDP und Die Mitte

An ihrer Versammlung vom 2. Oktober 2025 haben die Delegierten der SVP der Stadt Zürich die Unterstützung der Kandidatinnen und Kandidaten der bürgerlichen Parteien FDP und Die Mitte beschlossen.

Rund 50 Delegierte der SVP der Stadt Zürich haben sich am Donnerstag, 2. Oktober 2025, zur Delegiertenversammlung in der Stiftung zum Glockenhaus getroffen. Dabei haben sie die Unterstützung der Stadtratskandidaten der bürgerlichen Parteien – Stadtrat Michael Baumer (FDP), Gemeinderätin Marita Verbali (FDP), Gemeinderätin Karin Weyermann (Die Mitte) und Gemeinderat Përparim Avdili (FDP) – beschlossen. Dies, nachdem die Delegierten der Mitte und der FDP sich bereits zu einem früheren Zeitpunkt für die Unterstützung von SVP-Stadtratskandidat Ueli Bamert ausgesprochen hatten.

Die Delegierten stimmten deutlich für eine starke bürgerliche Zusammenarbeit im kommenden Wahlkampf. Bild: zVg

Mit diesem Entscheid bekennt sich die SVP zur bürgerlichen Zusammenarbeit im Wahlkampf um die neun Stadtratssitze. «Wir erachten es als elementar, dass die bürgerlichen Parteien in diesem Wahlkampf ihre Kräfte bündeln, um die rotgrüne Übermacht nicht nur im Stadt-, sondern auch im Gemeinderat nach Jahren der Lähmung endlich brechen zu können», meint SVP-Co-Präsident und Stadtpräsidiumskandidat Ueli Bamert. Mit dem Entscheid von letzter Woche steht der bürgerliche Block für die kommenden Stadt- und Gemeinderatswahlen. Die SVP freut sich auf diesen Wahlkampf und ist überzeugt, dass es ihr zusammen mit den bürgerlichen Parteien gelingen wird, am 8. März 2026 die linksgrüne Mehrheit beenden zu können.

ÜBER HEIMATSCHUTZ, KRIMINALITÄT UND EU-UNTERWERFUNG

Vortragsabend auf dem Schlattgut

Letzte Woche fand ein guter Anlass auf dem Schlattgut in Herrliberg statt, organisiert von der «Schweizerzeit», an dem 50 Personen teilnahmen.

Das Thema war: «Wer bedroht die Schweiz? Wer regiert die Schweiz?» Es folgten Referate von Kantonsrat und Kantonalparteipräsident Domenik Ledergerber über die Heimatinitiative im Kontext der Zuwanderung, über Migration und importierte Kriminalität von Nationalrätin Nina Fehr Düsel und über das unsägliche EU-Vertragspaket von Alt Nationalrat Ueli Schlüer. Anian Liebrand führte durch den Abend. Auch gab es sehr viele Fragen und Anregungen aus dem Publikum, ebenfalls beim Apéro.

Nina Fehr Düsel, Nationalrätin SVP, Küsnacht

v.l.n.r.: KR Domenik Ledergerber, Anian Liebrand, NR Nina Fehr Düsel und Alt NR Ueli Schlüer. Bild: zVg

ZAHLEN, DIE FRAGEN AUFWERFEN

Zuwanderung und Wohlstand

Politiker von links bis ins bürgerliche Lager und die Wirtschaftsverbände behaupten unentwegt: Die heute betriebene Zuwanderung steigert den Wohlstand, stärkt den Arbeitsmarkt, fördert die Innovation und stabilisiert die Sozialwerke. Weniger gern reden sie über Lohndruck, steigende Mietpreise und Überlastung der Infrastruktur.

Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Wenn die Gleichung «je mehr Zuwanderung, desto höherer Wohlstand» aufginge, müssten bevölkerungsreiche Länder viel reicher sein als die Schweiz. Nigeria etwa hat 230 Millionen Einwohner, der dortige Wohlstand übertrifft aber schwerlich jenen der viel kleineren Schweiz. Auch Kambodscha ist trotz doppelter Bevölkerung der Schweiz bekanntlich nicht doppelt so reich.

Richtig ist, dass eine geregelte, gesteuerte Zuwanderung zum Wohlstand beiträgt, indem jene «Fachkräfte» ins Land geholt werden, die zur wirtschaftlichen Produktivität beitragen. Das funktioniert aber nicht mit einem bloss quantitativen statt qualitativen Wachstum. Eine solche Zuwanderung bläht zwar die Wirtschaft auf, erhöht aber keineswegs den Wohlstand pro Kopf.

Viele Politiker, die Wirtschaftsverbände und die Gewerkschaften beteuern ständig, dieser Zustrom gehe automatisch zurück, sobald unsere Wirtschaft nicht mehr so gut laufe. Doch ist das auch wahr?

Im ersten Halbjahr 2025 sind über 76 000 Personen in die Schweiz geströmt, davon über 56 000 aus dem EU-Raum. Dabei betrug das Wirtschaftswachstum im zweiten Quartal 2025 gerade noch 0,1 Prozent. Im zweiten Quartal 2025 waren nicht weniger als 237 000 Personen erwerbslos (Sozialhilfeempfänger und Ausgesteuerte mitgerechnet) – 34 000 mehr als im Vorjahr. Und was besonders beunruhigt: Die Erwerbslosigkeit der Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren lag vor Jahresfrist noch bei 5,9 Prozent, heute liegt sie bei 7,6 Prozent. Vor der EU-Personenfreizügigkeit lagen diese Zahlen noch annähernd bei null.

Zuwanderung darf nicht quantitativ ausgerichtet sein, sondern muss in erster Linie qualitativ Sinn ergeben. Bild: Adobe Stock

Raclette-Abend
am Samstag, 18. Oktober 2025

Alle Jahre findet unser traditioneller Raclette-Abend statt.

Kommen Sie vorbei und geniessen Sie in gemütlicher Atmosphäre ein feines Raclette. Sie sind herzlich willkommen!

Wann: **Ab 18.00 Uhr**
Wo: **Mehrzweckraum Wohnen im Alter**
Alte Buchserstrasse 14, Boppelsen

Wir freuen uns auf Ihren Besuch
SVP Ortssektion Boppelsen

Fadegrad

von
Anita Borer

Es war einmal…

…eine sichere Schweiz. Ein Land, in dem man das Tram nehmen konnte, ohne zweimal hinzuschauen. Wo Kinder allein zur Schule gingen und Frauen sich auch nachts sicher fühlten. Ein Land, in dem Ordnung herrschte. Doch das war einmal.
Heute liest man Schlagzeilen wie diese: «Frau im Tram brutal angegriffen – Täter flüchtig» («20 Minuten»). Mitten am Tag, mitten in Zürich. Ein öffentlicher Raum, der eigentlich Schutz bieten sollte – und zum Tatort wird.
Die Realität ist ernüchternd: Im Kanton Zürich wurden 2024 128 645 Straftaten registriert – 5% mehr als im Vorjahr. Verstösse gegen das Strafgesetzbuch stiegen um 5,9%, jene gegen das Ausländer- und Integrationsgesetz um über 7%. Besonders alarmierend: 57% aller Tatverdächtigen stammen aus der ausländischen oder der Asylbevölkerung. Ein Rekordwert – und ein deutliches Warnsignal.
Das ist kein Märchen, das ist bittere Realität. Und sie betrifft uns alle. Den Gewerbler, dessen Schaufenster eingeschlagen wird. Die Tochter, die abends Angst hat, wenn sie alleine auf dem Heimweg ist. Die Familie, die sich fragt, ob das Quartier noch sicher ist.
Wir haben zu lange zugeschaut, wie unser System an die Grenzen gelangt. Unsere Polizei leistet grossartige Arbeit, doch auch für sie wird es zunehmend schwieriger und gefährlicher. Zu viel Zuwanderung, zu wenig Konsequenz, zu wenig Mut in der Politik und in der Öffentlichkeit, Probleme klar zu benennen. Wer die Probleme anspricht, wird rasch als «populistisch» oder gar «rassistisch» bezeichnet. Doch für mich ist klar: Wer schweigt und die Probleme schönredet, macht sich mitschuldig.
Sicherheit ist die Basis für Freiheit, Wohlstand und Zusammenhalt. Und sie steht dort auf dem Spiel, wo Grenzen ignoriert werden – auf der Strasse wie in der Zuwanderungspolitik.
Darum unterstütze ich mit Überzeugung die Nachhaltigkeitsinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!». Sie fordert, was längst überfällig ist: eine kontrollierte Zuwanderung, klare Regeln und Verantwortung gegenüber unserem Land. Wenn selbst das Tram kein sicherer Ort mehr ist, dann ist es höchste Zeit, aufzuwachen. Märchen sind schön – aber ich kämpfe lieber für eine Realität, in der man sich wieder sicher fühlt. Tun Sie es auch und kämpfen Sie mit uns!

QR-Code scannen und die Initiative unterstützen:

AUS DEM BÜLACHER STADTPARLAMENT

Und jährlich grüsst das Steuertier

Keine zehn Monate ist es her, dass das Stadtparlament mit zähem Ringen einige wenige Sparmassnahmen im Budget 2025 beschliessen konnte. Damals kämpfte die bürgerliche Minderheit – gegen die linke Ausgabenfreude – um jeden Franken.

Thomas Obermayer
Stadtparlamentarier SVP Bülach

Mit viel Verhandlungsgeschick und unter gegnerischem Dauerfeuer gelang es, wenigstens gewisse Globalbudgetposten zu kürzen. Doch die Richtung blieb unverändert: Der Staat wächst, die Kosten explodieren – und nun steht schon wieder die nächste Steuererhöhung ins Haus.

Mehr Einnahmen, noch mehr Ausgaben

Gemäss Stadtratsbeschluss vom 17. September 2025 soll der Steuerfuss 2026 erneut um zwei Prozent steigen – von 96 auf 98 Prozent (exklusive Sekundarschule). Begründet wird das, wie letztes Mal, mit der massiven Zunahme der Schulden, die laut Finanzplan bis 2029 auf nahezu 200 Millionen Franken anschwellen sollen. Im kommenden Jahr allein will man 78 Millionen Franken investieren, vor allem in Schulbauten, Sportanlagen und Infrastruktur. Nur rund ein Viertel dieser Summe kann aus eigenen Mitteln finanziert werden; der Rest wird fremdfinanziert.

> *«Für die SVP ist klar: Keine Steuererhöhung ohne echte Sparmassnahmen.»*

Man kann es drehen und wenden, wie man will: Wer über Jahrzehnte immer neue Schulhäuser, Passerellen und Infrastrukturen baut, ohne echte Prioritäten zu setzen, landet in der Schuldenfalle – und ruft nach mehr Steuern. Das «Steuertier» grüsst also wieder – Jahr für Jahr, unermüdlich und gefrässig.

Bürgerliche Vernunft statt wachsender Staatsapparat

Mit einem Aufwand von über 203 Millionen Franken wird 2026 so teuer wie nie zuvor. Die Ausgaben steigen um fünf Prozent, der Personalaufwand wächst weiter, selbst Lohnerhöhungen und Teuerungsausgleich sind selbstverständlich eingeplant. Statt den Verwaltungsapparat zu straffen, gönnt man sich mehr – und verkauft dies als «nachhaltigen Umgang mit der Verschuldung».

Doch Nachhaltigkeit bedeutet nicht, Schulden zu machen, um Reserven zu bilden, mit denen man künftige Schulden rechtfertigt. Nachhaltigkeit heisst, mit dem Vorhandenen hauszuhalten und das Wachstum des Staates zu begrenzen.

Investieren ja, aber mit Augenmass

Niemand bestreitet, dass Bülach Schulraum braucht. Niemand stellt infrage, dass Infrastruktur gepflegt werden muss. Aber wer jedes Projekt gleichzeitig anpackt, wer Millionen in Prestigeobjekte steckt, ohne klare Kostengrenzen, gefährdet die finanzielle Stabilität der Stadt. Die geplante Passerelle über die SBB-Gleise kostet 12 Millionen Franken – ein stolzes Symbol dafür, wie sich die Verwaltung selbst beschenkt, während der Steuerzahler zur Kasse gebeten wird.

Verantwortung beginnt beim Nein

Die SVP wird auch beim Budget 2026 ihre Linie halten: Keine Steuererhöhung ohne echte Sparmassnahmen. Die Stadt muss zuerst bei sich selbst beginnen – in der Verwaltung, in den Projekten, in der Personalplanung. Es ist nicht Aufgabe der Bürgerinnen und Bürger, die politischen Fehlentscheidungen der Vergangenheit mit immer höheren Steuern auszugleichen.

Solange der Stadtrat lieber das Portemonnaie der Steuerzahler öffnet, statt seine eigenen Strukturen zu hinterfragen, bleibt die SVP die einzige Kraft, die geschlossen den gesunden Menschenverstand im Parlament vertritt.

Die SVP Bülach setzt sich für die Bürger ein – gegen höhere Steuern und wachsende Schulden. Bild: Adobe Stock

MEDIENMITTEILUNG DER SVP USTER

SVP, FDP, EDU und BPU reichen Referendum gegen den Richtplan ein – knappe Zustimmung zeigt mangelnde politische Legitimation

Das Parlamentsreferendum gegen den neuen kommunalen Richtplan der Stadt Uster ist offiziell zustande gekommen und wurde eingereicht. Die SVP Uster hat das Referendum gemeinsam mit der FDP, EDU und der BPU ergriffen.

Auslöser war insbesondere die knappe Schlussabstimmung im Gemeinderat, in der die Vorlage mit lediglich 19 zu 16 Stimmen durchgewunken wurde. Ein derart umstrittenes Planwerk braucht eine breite demokratische Legitimation – nicht nur eine knappe Ratsmehrheit.

«Ein Planwerk, das Gewerbe, Mobilität und Eigentum derart einseitig behandelt, darf nicht zur neuen Leitlinie für Uster werden. Wir haben genug von Vorschriften und Regulierungen, die an der Lebensrealität der Bevölkerung vorbeigehen», sagt Ulrich Schmid, Präsident der SVP/EDU-Fraktion.

Einseitige Planung auf Kosten der Wirtschaft und Mobilität

Die unterzeichnenden Parteien kritisieren insbesondere folgende Punkte:

- Das Gewerbe – als wichtiger Arbeitgeber, Ausbildungsort und Träger der städtischen Wirtschaft – wurde nur am Rande berücksichtigt.
- Gemäss Richtplan soll der motorisierte Individualverkehr (MIV) bewusst auf dem Stand von 2020 eingefroren werden – ein Fortschritt oder Ausbau ist ausdrücklich nicht vorgesehen.
- Investoren, Eigentümer und KMU werden mit neuen Hürden konfrontiert, während der Richtplan auf ideologisch geprägte Wunschbilder von Velo-Stadt und gemeinnützigem Wohnbau setzt.
- Der geplante Richtplan lässt aus bürgerlicher Sicht die notwendige Ausgewogenheit, Umsetzbarkeit und wirtschaftliche Perspektive vermissen.
- Die angestrebte Einführung eines 7-Minuten-Takts für alle Buslinien in Uster ist reines Wunschdenken: Das würde eine Verdoppelung der heutigen Frequenzen bedeuten – verbunden mit hohen Kosten, zusätzlichen Fahrzeugen und noch mehr Verkehrsbehinderungen auf Stadtgebiet.

Realität statt Wunschdenken: Die SVP Uster und Partnerparteien kämpfen für einen Richtplan, der Bevölkerung und Wirtschaft gerecht wird. Bild: Adobe Stock

Bevölkerung entscheidet – Uster braucht echten Realitätsbezug

Die SVP Uster, EDU, BPU und unterstützende FDP-Kräfte sind überzeugt, dass ein Richtplan nur dann tragfähig ist, wenn er auf breiter Basis abgestützt ist. Mit dem Zustandekommen des Referendums ist nun klar: Die Bevölkerung erhält das letzte Wort.

Ulrich Schmid weiter: «Ein Richtplan darf keine politische Spielwiese sein – er muss die Realität der Menschen und Unternehmen abbilden. Dafür setzen wir uns ein.»

DREI JAHRZEHNTE LINKE FEHLPOLITIK

Linksgrün regiert – Zürich verliert

Seit über 30 Jahren herrschen Linksgrüne in Zürich. Wer zu lange regiert, verliert den Blick fürs Wesentliche. Dekaden der Dekadenz haben Zürich geprägt: Kriminalität, Wohnungsnot, Verkehrschaos, ideologische Bevormundung.

Jane Bailey
Vorstand SVP Zürich
Kreis 10
Zürich

Linksextreme Gruppierungen marschieren ungehindert, Vandalismus und Graffiti verwandeln ganze Quartiere in Ghettos. Familien mit Kindern leben in einer Umgebung, wo Hausbesetzungen toleriert und Schaufenster von Geschäften eingeschlagen werden. Spätabends traut man sich vielerorts nicht mehr auf die Strasse und das Einschreiten der Polizei wird von der linken Politik oft als «unverhältnismässig» eingestuft.

Zürich hat kein Wohnungsproblem, sondern ein Zuwanderungsproblem. Die Rechnung ist ganz einfach: Je mehr Menschen kommen, desto knapper wird der Wohnraum. Zusätzlich kommt die radikale linksgrüne Klimapolitik mit ideologischen Zwangsgesetzen, die Hauseigentümer in die Knie zwingen. Die ständigen Schuldzuweisungen an sogenannte «Immohaie» sind also nichts anderes als billige Sündenbock-Politik.

Verkehr ist ein weiteres Sorgenpflaster. Parkplätze verschwinden systematisch, Autos sollen mit allen Mitteln aus der Stadt gemobbt werden. Permanente Dauerbaustellen legen ganz Zürich lahm. Unter «Klimaschutz» betreiben linksgrüne Radikale die Sabotage von Selbstbestimmung und Mobilität. Der Tempo-30-Irrsinn setzt dem Ganzen die Krone auf: Polizei und Ambulanzen dürfen im Ernstfall nur 45 km/h fahren – ein direktes Risiko für Menschenleben.

Woke Experimente

Selbst das Kulturleben haben sie mit ihren Ideologien gekapert. «Diversitätsbeauftragte» sorgen dafür, dass heute im Schauspielhaus Pfauen «woke» Experimente statt klassisches Theater dominieren. Die kleine Meerjungfrau ist inzwischen ein bemalter Mann im Glitzerkleid. Das ist kein Fortschritt, sondern Karikatur von Kultur mit freundlicher Förderung der linksgrünen Regierung.

Im Frühling sind Gemeinderatswahlen und das Volk hat die Wahl: Vier weitere Jahre Ideologie-Zirkus mit Tempo 30, Gender-Theater und Dauerstau oder endlich wieder eine Stadt, die funktioniert?

Drei Jahrzehnte linksgrüne Sackgasse sind genug! Wer keine Politik will, die Zürich zum Versuchslabor für Ideologen macht, wählt SVP.

LESERBRIEF

Klatsche nach Bern!

Mit dem Ausspruch des Limmattaler Tagblattes, der Gemeinderat Unterengstringen habe mit der Niederlage des Asylzentrums eine wuchtige Klatsche erhalten, liegt diese Zeitung falsch. Richtig ist, dass die Bundespolitiker und -verwaltung eine klare Misstrauenskundgebung der Unterengstringer Stimmbevölkerung einstecken müssen.

Dies zeigte auch die Debatte im Zürcher Kantonsrat am Montag nach der Abstimmung, dem 29. September 2025. Allerdings muss sich auch die Mitte-Links-Mehrheit den Vorwurf gefallen lassen, sich einem echten Widerstand gegen Asylmissbrauch und einer wirksamen Asylpolitik zu verweigern. Es reicht nicht aus, dass sich die Bevölkerung gegen diese Fehlentwicklung immer wieder mit Verweigerung wehrt. Es braucht endlich einmal bei unseren Politikern in Bern und in den Kantonen die Einsicht, dass sie dazu da sind, im Sinne der Interessen unserer Schweizer Bevölkerung Lösungen zu beschliessen. Viel zu viele unserer Parlamentarier sonnen sich in ihrem Gutmenschentum und vergessen, dass sie als Vertreter des Volkes Politik machen sollten.

Als Stimmbürgerin und Stimmbürger haben wir bald Gelegenheit, bei den Gesamterneuerungswahlen auf allen drei politischen Ebenen diesen Anspruch einzufordern. Es braucht dazu aber auch unsere Sicht, zu erkennen, welche Politiker ihre Pflicht in der laufenden Legislatur nicht erfüllt haben. Diese haben keinen Verdienst mehr, auf den Wahllisten zu stehen oder sind durch uns als Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zu streichen. Ich wünsche den Parteien eine gute Hand bei der Auswahl der Kandidaten.

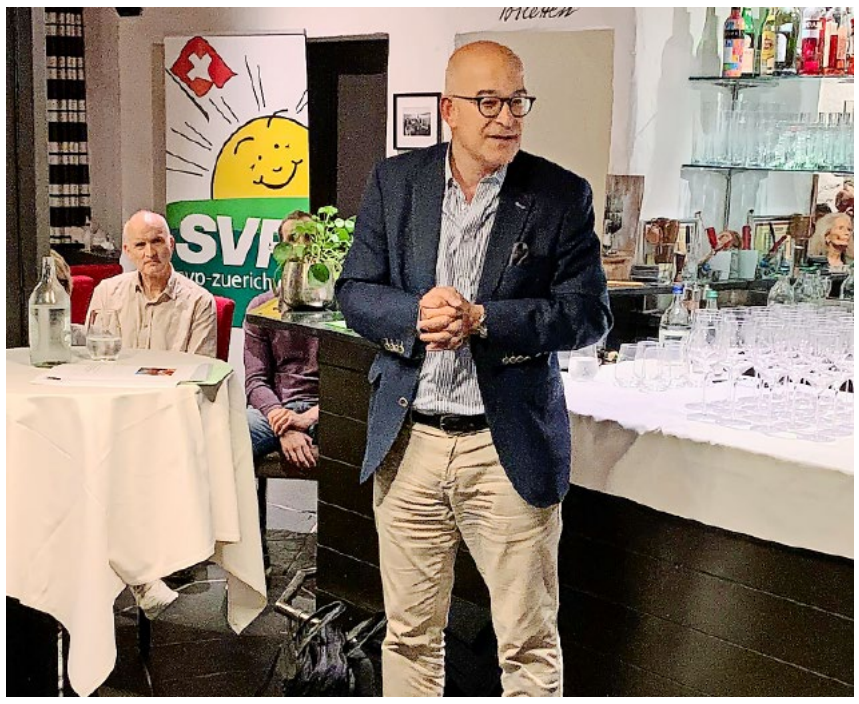
Willy Haderer,
Alt Kantonsrat SVP, Unterengstringen

SVP HORGEN

Orientierungsabend mit Gregor Rutz

Jüngst fand im Romantik Hotel & Restaurant Schwan in Horgen ein spannender Orientierungsabend zu den neuen EU-Verträgen mit Nationalrat Gregor Rutz statt.

Nach den EU-Vertragsverhandlungen ist vor den Vertragsverhandlungen! Erneut bahnt sich ein volksfernes Unterwerfungspaket an, welches besser früher als später vom Bundesrat einseitig gekippt wird. Die SVP Horgen beging mit Nationalrat Gregor Rutz den Auftakt einer Serie von Info-Anlässen über die Wirren der ungleichen Verhandlungen mit der EU.



NR Rutz warnte vor dem brandgefährlichen EU-Unterwerfungsvertrag. Bild: zVg

Gregor Rutz machte die versammelte Parteibasis mit neuen scheindemokratischen Konzepten wie dem «Decision Shaping», welches ausser der Verwaltung bloss noch das Ego der EU-Verhandler aufbläst, bekannt. Die Verträge sind brandgefährlich für unsere Unabhängigkeit. Er betonte den Auftrag der SVP, die tausendseitigen Verträge zu lesen, Transparenz zu schaffen und den Inhalt der Verträge publik zu machen.

Der spannende Vortrag wurde unter Beifall mit einem Sack Horgner Braunkohle (Schoggi) verdankt, damit unsere Mandatsträger bei diesen Verhandlungen ihr inneres bürgerliches Feuer bewahren können. Der Anlass schloss mit einem Apéro bei angeregt-staatspolitischen Gesprächen an der Bar des Restaurants Schwan.

David Wolf,
Präsident SVP Horgen

MEDIENMITTEILUNG DER SVP RUSSIKON

SVP Russikon nominiert ihre Kandidatinnen und Kandidaten für die kommenden Gemeindewahlen

Die SVP Russikon freut sich, ihre Kandidatinnen und Kandidaten für die Gemeindewahlen im März 2026 bekannt zu geben. Mit einer Mischung aus Erfahrung und frischem Elan tritt die Partei an, um weiterhin Verantwortung in der Gemeinde zu übernehmen und sich für eine bürgernahe, lösungsorientierte Politik einzusetzen.

Die Kandidatinnen und Kandidaten wurden an der Parteiversammlung vom 29. September 2025 offiziell nominiert.

Für den **Gemeinderat** stellt die SVP folgende Kandidaturen:
- **Stefan Fehr**, bisher
- **Manuel Grözinger**, neu, bisher Mitglied der Gesellschaftskommission

Für die **Rechnungsprüfungskommission (RPK)** kandidieren:
- **Laura Loeliger**, bisher
- **Claudia Staub**, bisher

Für die **Gesellschaftskommission** kandidiert:
- **Guido Kirschke**, neu

Mit dieser starken Liste setzt die SVP Russikon auf eine ausgewogene Kombination aus bewährten Kräften und neuen Persönlichkeiten, die sich für die Zukunft von Russikon einsetzen wollen. Die Partei bedankt sich bei allen Kandidatinnen und Kandidaten für ihre Bereitschaft, Verantwortung für die Gemeinde zu übernehmen, und freut sich auf einen engagierten Wahlkampf.

Wir nehmen Abschied von unserem langjährigen und hochverdienten Parteimitglied

Rosmarie Frehsner
✞ 4. Oktober 2025

Wir danken Rosmarie für ihre grossen Verdienste rund um die SVP Dietikon und ihr Engagement als Kantonsrätin, Gemeinderätin und langjährige Ortsparteipräsidentin. Auch im fortgeschrittenen Alter blieb sie politisch interessiert und vertrat immer kompetent ihre Ansicht vor wichtigen kommunalen, kantonalen und nationalen Entscheidungen. Rosmarie, wir werden Dich stets in Erinnerung behalten und ein ehrendes Andenken an Dich bewahren!

Herzliche Anteilnahme entbieten wir der Trauerfamilie, im speziellen ihrem Ehemann Karl und ihren beiden Söhnen Armin und Roger - wir wünschen Euch viel Kraft und Zuversicht in dieser schweren Zeit.

Im Namen der SVP Dietikon
Rochus Burtscher, Präsident

Die Beerdigung findet am 10. Oktober 2025, um 13.30 Uhr auf dem Friedhof Dietikon statt.

SVP DIGITAL

Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

In den Sümpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von Alt NR Roger Köppel.

SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüsli, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden Dienstag, 16.00 – 21.00 Uhr, Restaurant Altes Gerichtshaus, Wehntalerstrasse 47, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Alterszentrum am Bach, Bistro, Bachstrasse 1, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Adliswil
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 19.00 – 22.00 Uhr, mit Nachtessen, Ort siehe www.svp-staefa.ch.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Lokalität gemäss https://event.evagic.com/svp-uster.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Schwamendingerplatz 2, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern/Bonstetten
Dienstag, 4. November 2025, 19.30 Uhr, Abstimmungspodium, Gemeindesaal, Am Rainli 4, Bonstetten, mit Nationalrat Mauro Tuena und Kantonsrat Ueli Pfister.

Mittwoch, 26. November 2025, 15.00 – 20.00 Uhr, Chlaustreffen, Zentrum Burgwies, Bonstetten.

Bezirk Dielsdorf/Steinmaur
Donnerstag, 27. November 2025, ab 19.30 Uhr, Restaurant Kreuz, mit Nationalrätin Barbara Steinemann, Nationalrat Gregor Rutz und Kantonsrat Urs Wegmann.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf
Mittwoch, 19. November 2025, 19.30 Uhr, Infoanlass zum Rahmenabkommen, Restaurant Brüelmatt, Dorfstrasse 10, Birmensdorf, mit den Nationalräten Barbara Steinemann, Gregor Rutz und Martin Haab.

Bezirk Dietikon/Geroldswil
Montag, 27. Oktober 2025, 18.30 Uhr, Polit-Talk, Gemeindesaal, Huebwiesenstrasse 36, Geroldswil, mit Nationalrat Mauro Tuena und Alt Nationalrat Roger Köppel. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp.ch/termine.

Bezirk Hinwil/Gossau
Sonntag, 19. Oktober 2025, 10.00 Uhr, Führung durch das Unterdorf, Treffpunkt Kreisel Mönchaltorferstrasse/Leerütistrasse, Gossau. Anschliessend Festwirtschaft bis 16.00 Uhr.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Freitag, 24. Oktober 2025, 18.30 Uhr, SVP-Jassturnier, Schützenhaus, Schützenhausstrasse 19, Pfäffikon. Kosten: 25 Franken. Anmeldung bis 19. Oktober 2025 unter www.svp-pfaeffikon.ch.

Bezirk Uster/Volketswil
Freitag, 17. Oktober 2025, bis Sonntag, 19. Oktober 2025, SVP-Stand an der Volketswiler Gewerbeausstellung VOGA, Kultur- und Sportzentrum Gries, Usterstrasse 35, Volketswil.

Bezirk Winterthur/Elsau
Dienstag, 21. Oktober 2025, 20.00 Uhr, Politanlass, Bowlinghalle BeSeCo, Rümikerstrasse 5A, Elsau, mit Nationalrat Martin Hübscher und Kantonsrat Tobias Weidmann, Fraktionspräsident.

Bezirk Winterthur/Neftenbach
Samstag, 18. Oktober 2025, 10.00 Uhr, Ausflug und Besichtigung Schiessanlage, Treffpunkt Gemeindehaus Neftenbach. Weitere Informationen und Anmeldung bis 10. Oktober 2025 unter mike.staub@svp-neftenbach.ch.

Stadt Zürich/Kreis 1 und 2
Montag, 13. Oktober 2025, 19.00 Uhr, Podium zur Verkehrspolitik, Zentrum Glockenhof, Sihlstrasse 33, Zürich, mit Bundesrat Albert Rösti und Nationalrat Mauro Tuena. Anschliessend Apéro.

Montag, 20. Oktober 2025, 19.00 Uhr, Abstimmungspodium, Zentrum Glockenhof, Sihlstrasse 33, Zürich, mit Nationalrat Mauro Tuena sowie den Kantonsräten Ueli Pfister und Stefan Schmid. Anschliessend Apéro.

Stadt Zürich/Kreis 10
Samstag, 25. Oktober 2025, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Kappenbühlweg, Zürich-Höngg.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer ISSN 1660-6701 ISSN 2296-3480 **Der Zürcher Bote**

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Jahresabonnement Print + Online: Fr. 73.– + 2,6 % MWSt (Ausland auf Anfrage). **Jahresabonnement Online:** Fr. 65.– inkl. 2,6 % MWSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/zuercher-bauer. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, abo@zuercher-bauer.ch.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Sean Burgess, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Interne Autoren: SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** Mattenbach Zürich AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Der Bundesrat sucht einen/eine Richter/-in am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte

Bundesamt für Justiz BJ

Strassburg, Frankreich | 100%

Diesen Beitrag können Sie leisten

- Als Richter/-in sind Sie am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg tätig
- Die Zulässigkeit und Begründetheit von Beschwerden in den Spruchkörpern des Europäischen Gerichtshofs für Menschenechte (Einzelrichterbesetzung, Komitee, Kammer, Grosse Kammer) beurteilen

Das macht Sie einzigartig

- Hohes sittliches Ansehen
- Erfüllung der für die Ausübung hoher richterlicher Ämter erforderlichen Voraussetzungen oder Rechtsgelehrte/Rechtsgelehrter von anerkanntem Ruf
- Umfassende richterliche, akademische oder andere vergleichbare juristische Erfahrung mit Schwergewicht auf den Menschenrechten
- Fundierte Kenntnisse der schweizerischen Rechtsordnung
- Aktive Beherrschung einer der zwei Amtssprachen am Gerichtshof (Englisch, Französisch) sowie passive Kenntnisse der anderen
- Keine Ausübung von Tätigkeiten, die mit der Unabhängigkeit, der Unparteilichkeit oder mit den Erfordernissen der Vollzeitbeschäftigung unvereinbar sind

Eintrittsdatum	09.02.2027
Anstellungsart	befristet
Amtsdauer: 9 Jahre	
Referenz-Nr.	402-16254
Arbeitsort	Strassburg, Frankreich

Fragen zur Stelle

Xavier-Baptiste Ruedin
Chef IMRS / Agent du Gouvernement
+41 58 46 42802

Fragen zur Stelle

Adrian Scheidegger
Stv. Chef IMRS / Stv. Agent du Gouvernement
+41 58 46 24790

Onlinebewerbung unter
www.stelle.admin.ch, Ref. Code 402-16254

Auf den Punkt gebracht

Der amtierende Schweizer Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wird am 8. Februar 2027 infolge Ablaufs der Amtszeit aus seinem Amt ausscheiden. Die Nachfolge wird im Herbst 2026 von der Parlamentarischen Versammlung des Europarats aus einer von der Schweiz vorgeschlagenen Liste von drei Kandidatinnen und Kandidaten gewählt. Die Liste muss Personen beiderlei Geschlechts enthalten.

Aufgabe des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte ist es, die Einhaltung der Verpflichtungen, welche die Vertragsstaaten der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten übernommen haben, sicherzustellen.

Zusätzliche Informationen

Das Auswahlverfahren wird vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement und vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten gemeinsam geleitet und bezieht die Schweizer Parlamentarierdelegation beim Europarat sowie die Gerichtskommission der Bundesversammlung aktiv ein.

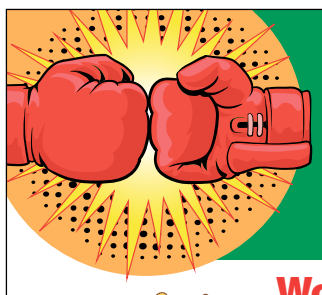
Die von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates nicht gewählten Kandidatinnen oder Kandidaten können angefragt werden, ob sie sich gemäss Artikel 26 Absatz 4 EMRK als Richterinnen oder Richter *ad hoc* zur Verfügung stellen wollen.

Die **Amtszeit** einer gewählten Richterin / eines gewählten Richters **beträgt neun Jahre**; eine Wiederwahl ist nicht möglich. **Die Kandidatinnen und Kandidaten dürfen aufgrund der Altersbeschränkung am 10. August 2026 (Frist für die Einreichung der Liste der Kandidatinnen und Kandidaten), das 65. Lebensjahr nicht vollendet haben**.

Die Richterinnen und Richter werden vom Europarat bezahlt. Es besteht zudem die **Pflicht zur Wohnsitznahme in Strassburg**, dem Sitz des Gerichtshofs.

Die **Frist für Bewerbungen** läuft bis zum **31. Oktober 2025**.

Weitere interessante Stellenangebote der Bundesverwaltung finden Sie unter **www.stelle.admin.ch**



Polit-Arena

zu den kantonalen und nationalen Abstimmungen vom 30. November 2025

Wo:
Restaurant Schwert
Hauptstrasse 7
Oberstammheim

Wann:
Donnerstag, 30. Oktober 2025
Start: 19.00
Ende: Ca. 21.00 Uhr

Anschliessend Apéro offeriert von SP und SVP

Was bedeuten die

- **eidg. Volksinitiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert» («Initiative für eine Zukunft» / «Erbschaftssteuer-Initiative»)**

und die

- **kant. Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen im Kanton Zürich» & Gegenvorschlag**

für uns?

Pro:
Nationalrat **Fabian Molina, SP** (Erbschaftssteuer-Initiative)
Kantonsrat **Nicola Siegrist, SP** (Erbschaftssteuer-Initiative)
Kantonsrätin **Sibylle Jüttner, SP** (Wohnraum-Initiative)
Kantonsrätin **Birgit Tognella-Geertsen, SP,** (Wohnraum-Initiative)

Kontra:
Nationalrätin **Therese Schläpfer, SVP,** (Erbschaftssteuer-Initiative)
Stefan Stutz, SVP, Präsident SVP Bezirk Andelfingen, (Erbschaftssteuer-Initiative)
Kantonsrat **Paul Mayer, SVP,** (Wohnraum-Initiative)
Sven Kollbrunner, SVP, Vorstand SVP Bezirk Andelfingen, (Wohnraum-Initiative)

Moderation: Christina Furrer, Sekundarlehrerin und Betriebsökonomin, Präsidentin EVP Bezirk Andelfingen

SP

Alle sind herzlich eingeladen!

SVP Die Partei des Mittelstandes